

DE

DE

DE



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 2.2.2010
SEK(2010) 116 endgültig

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

**Europa 2020 – Konsultation der Öffentlichkeit
Erster Überblick über die Ergebnisse**

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Europa 2020 – Konsultation der Öffentlichkeit Erster Überblick über die Ergebnisse

Die Anhörung der Öffentlichkeit zur Strategie „Europa 2020“, mit der die Kommission am 24. November 2009 begonnen hatte, wurde am 15. Januar 2010 offiziell abgeschlossen. Seither sind jedoch zahlreiche weitere Beiträge eingegangen. Bis heute hat die Kommission rund **1500 Beiträge einer Vielzahl von Beteiligten erhalten**: Mitgliedstaaten, nationale und europäische Organisationen, Sozialpartner (europäische und nationale Ebene), regionale und kommunale Gebietskörperschaften, Unternehmens- und Berufsverbände, einzelne Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Denkfabriken, Vertreter der Wissenschaft und zahlreiche europäische Bürger. Auch einige Drittländer und dort ansässige Interessenten haben sich geäußert.

Viele der Beiträge sind gehaltvoll und reich an unterschiedlichen Ansichten und Meinungen. Die Kommission hat diese Stellungnahmen mit großem Aufwand ausgewertet, um sie bei den Vorschlägen berücksichtigen zu können, die sie dem Europäischen Rat zu Erörterung vorlegen wird. Diese Auswertung ist zwar noch nicht abgeschlossen, **aber die Kommission hält es für wichtig, schon vor dem informellen Europäischen Rat am 11. Februar einen ersten Überblick über die sich abzeichnenden Tendenzen zu geben**. Ein ausführlicherer Überblick über die Ergebnisse der Konsultation wird in wenigen Wochen vorliegen.

1. Mitgliedstaaten:

Sämtliche Mitgliedstaaten haben sich am Konsultationsverfahren beteiligt.

Dabei finden die im Konsultationspapier vorgeschlagenen thematischen Prioritäten (wissensbasiertes Wachstum, integrative Gesellschaften und eine ökologischere, wettbewerbsfähige Wirtschaft) generell breite Unterstützung. Viele Mitgliedstaaten betonen, dass das Hauptaugenmerk der Strategie „Europa 2020“ angesichts der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Arbeitslosigkeit weiterhin auf (intelligenten Konzepten für) Wachstum und Beschäftigung liegen sollte. Ungefähr die Hälfte der Mitgliedstaaten unterstützt ausdrücklich die starke Verknüpfung der wirtschaftlichen, umweltpolitischen und sozialen Aspekte. Vielfach wird der Ruf nach einer Stärkung der sozialen Dimension laut. Zustimmung findet auch die Auffassung, dass Europa 2020 besser mit anderen Strategien (wie der Strategie für nachhaltige Entwicklung, der Sozialagenda, der Kohäsionspolitik und der Strategie zu Energie und Klimawandel) verbunden werden sollte.

Für viele Mitgliedstaaten ist die Verschlechterung der öffentlichen Finanzlage infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise ein entscheidender Faktor. Die notwendigen Investitionen in (neue) Wachstumsfelder müssen in den kommenden Jahren daher sorgfältig vor dem Hintergrund einer fiskalpolitischen Konsolidierung abgewogen werden.

Die wichtige Rolle der Industrie, der Beitrag der KMU zu Wachstum und Beschäftigung, die Stärkung des Binnenmarktes und die Gewährleistung finanzieller und makroökonomischer Stabilität sollten nach Auffassung vieler Mitgliedstaaten im Rahmen der neuen Strategie stärker berücksichtigt werden. Auch die Ausweitung der Außendimension wird vielfach eingefordert.

Die meisten Mitgliedstaaten sind sich aufgrund der Erfahrungen mit der Krise einig, dass das Handeln der öffentlichen Hand verbessert werden muss, um das Umsetzungsdefizit der

Lissabon-Strategie zu beheben. Mehrere Mitgliedstaaten sprechen sich für eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung und verbindlichere Koordinierungsmechanismen aus. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten teilt die Auffassung, eine begrenzte Zahl von EU-Zielen solle in nationale Ziele umgesetzt werden. Wirksame Kontrolle, konkrete Zielvorgaben, ein partnerschaftliches Vorgehen (mit stärkerer Mitwirkung der Regionen) sowie eine intensivere Einbindung der Beteiligten und eine bessere Kommunikation werden als entscheidende Faktoren für den Erfolg der neuen Strategie betrachtet.

Nachdrücklich unterstützt wird allgemein der Gedanke, dass der Europäische Rat die Hauptverantwortung für die Lenkung der neuen Strategie übernehmen und die Arbeiten der übrigen Ratsgremien anleiten sollte. Eine kleine Zahl von Mitgliedstaaten fordert eine stärkere Rolle der Kommission bei der Erfolgskontrolle.

Obwohl alle Mitgliedstaaten den engen Zusammenhang zwischen Finanzpolitik und Strukturreformen in der Folge der Wirtschaftskrise und damit die Notwendigkeit kohärenter politischer Orientierungshilfen anerkennen, wollen einige Mitgliedstaaten **die vertragliche Rolle der verschiedenen wirtschaftspolitischen Koordinierungsinstrumente wahren**, um jeglichen Eindruck zu vermeiden, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt verwässert werden soll. Mehrere Mitgliedstaaten schließlich plädieren für eine engere Verknüpfung zwischen dem EU-Haushalt und den Prioritäten der neuen Strategie.

2. Regionale und kommunale Gebietskörperschaften:

Etwa 120 regionale oder kommunale Gebietskörperschaften aus nahezu zwei Dritteln der Mitgliedstaaten haben sich beteiligt.

Die vorgeschlagenen Ziele und Koordinierungsmechanismen finden breite Zustimmung. Als roter Faden zieht sich durch viele, wenn nicht sogar alle Beiträge die Anregung, die Rolle der Gebietskörperschaften in der Strategie zu stärken und zwischen den verschiedenen Verantwortungsebenen eine vollständige Partnerschaft unter Gleichen zu gewährleisten (Regieren auf mehreren Ebenen), die mit einer engen Abstimmung dieser Strategie mit der Kohäsionspolitik und ihren Instrumenten Hand in Hand gehen sollte. Viele Regionen und Kommunen weisen darauf hin, dass sie in einigen Schlüsselbereichen über beträchtliche Kompetenzen und Ressourcen verfügen und zum Erfolg der Reformen vor Ort einen erheblichen Beitrag leisten können. Zu den zahlreichen angeführten Beispielen zählen die Bildungs- und die Innovationspolitik, die Infrastruktur, der Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Integration, die Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie die öffentlichen Dienstleistungen und die IKT-Politik.

3. Europäische Organe, Einrichtungen und andere Instanzen:

Der **Ausschuss der Regionen** und der **Wirtschafts- und Sozialausschuss** haben Stellungnahmen zur Strategie „EUROPA 2020“ angenommen.

Das **Eurosystem** unterstützt in seinem Beitrag uneingeschränkt die Einbeziehung der sozial- und umweltpolitischen Ziele in die Strategie bei gleichzeitiger Beibehaltung des wachstums- und beschäftigungspolitischen Schwerpunkts. Besondere Aufmerksamkeit verdienen nach Auffassung des ESZB das reibungslose Funktionieren des Arbeitsmarktes, die Binnenmarktpolitik, Wettbewerb und Innovation, die Nachhaltigkeit der Finanzsysteme und die konsequente Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Sozial- und umweltpolitische Ziele sollten möglichst durch marktwirtschaftliche Instrumente verwirklicht werden. Insgesamt befürwortet das Eurosystem die von der Kommission vorgeschlagenen Steuerungsstrukturen.

Das **Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP)** vertritt die Auffassung, dass die Strategie „EUROPA 2020“ detaillierte politische Konzepte zur

Förderung der Innovation und Kreativität und insbesondere zur allgemeinen und beruflichen Bildung, einschließlich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, enthalten sollte. Die Kultusbehörden sollten in die Partnerschaften von Unternehmen und Forschungseinrichtungen eingebunden werden, um die Anpassung der Qualifikationen an den Arbeitskräftebedarf anzupassen.

Für den **Europäischen Forschungsrat (EFR)** ist eine führende Rolle in Forschung und Wissenschaft die Grundlage für Innovation, die umweltfreundliche Umgestaltung der Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Deswegen fordert er Wissens-Infrastrukturen auf Weltniveau und Anreize, um Top-Wissenschaftler aus der EU und darüber hinaus zu halten bzw. wieder in die EU zurückzuholen.

Die **Europäischen Normungsorganisationen (CEN, CENELEC, ETSI)** verweisen auf die Bedeutung der Normungstätigkeit für die Unterstützung der Ziele der Strategie „EUROPA 2020“ und insbesondere den Ausbau des Binnenmarktes.

4. Europäische politische Parteien:

Bisher hat die Kommission Beiträge von **S&D, ALDE und EKR** erhalten.

S&D plädiert dafür, die Lehren aus der Krise zu ziehen und den Schwerpunkt in Zukunft auf faires Wachstum und eine nachhaltigere Wirtschaft zu legen. Dazu schlägt die Partei fünf Prioritäten vor: ein neues gemeinsames Nachhaltigkeitskonzept; hochwertige Vollbeschäftigung mit angemessenen Beschäftigungsbedingungen und sozialer Eingliederung; Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Unsicherheit; eine hochproduktive wissensbasierte Wirtschaft sozialer und territorialer Zusammenhalt. Zu jedem dieser Bereiche werden Politikvorschläge unterbreitet. Dabei schlägt S&D vor, die Lissabon-Strategie, die Strategie für nachhaltige Entwicklung und den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu einer einzigen Strategie zusammenzufassen. Im Hinblick auf die politische Verantwortung für die Strategie teilt S&D nicht die Auffassung, dass der Europäische Rat eine zentrale Rolle spielen sollte. Vielmehr sollten die Fachräte, das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente enger eingebunden werden. S&D hält es ebenfalls für notwendig, die Sozialpartner und die Regionen intensiver zu beteiligen. Zudem sollten der mehrjährige Finanzrahmen und die Strategie „Europa 2020“ besser miteinander verknüpft werden. Zur Finanzierung der neuen Strategie sollten die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, das Instrument der öffentlich-privaten Partnerschaften sowie Eurobonds und Umweltsteuern beitragen.

ALDE stimmt der vorgeschlagenen Ausrichtung (umweltfreundlich und intelligent) zu, möchte aber die Bereiche Binnenmarkt, freier Personenverkehr und Finanzaufsicht stärker in den Mittelpunkt rücken. Die Lissabon-Strategie kritisiert sie als „eine schwache, offene Koordinierungsmethode“. Bei der Durchführung der Strategie sollte laut ALDE die Kommission eine zentrale Rolle spielen und nach dem Prinzip von „Zuckerbrot und Peitsche“ vorgehen (z.B. Erfolge bei der Umsetzung mit zusätzlichen Strukturfondsmitteln belohnen und diejenigen, die die korrekte Verwendung der EU-Mittel für die „EUROPA 2020“-Prioritäten nicht nachweisen können, mit finanziellen Sanktionen belegen). Die Kommission sollte über Indikatoren und Konvergenzkriterien entscheiden, um „Sozialdumping“ oder Wettbewerbsnachteile für andere Mitgliedstaaten zu vermeiden. Die Kommission sollte die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts noch genauer überwachen. Auch der EU-Haushalt sollte besser auf die Prioritäten von „EUROPA 2020“ abgestimmt werden. Schließlich plädiert ALDE für die stärkere Beteiligung der Sozialpartner, der Regionen, des EP und der nationalen und regionalen Parlamente und dafür, die Öffentlichkeitsarbeit als Druckmittel einzusetzen.

Die EKR befürwortet eine Ausrichtung der neuen Strategie auf die komparativen wirtschaftlichen Vorteile Europas und bestehende Aufgaben, anstatt „neue“ Gebiete zu erschließen. Die Vorschläge für die neue Strategie sollten angesichts der Lehren aus der Lissabon-Strategie überdacht werden. Laut EKR sollten sich die Vorschläge darauf konzentrieren, (i) den Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Rechte am geistigen Eigentum), aber auch für FuE und Energie zu vervollständigen, (ii) die Verwaltungslasten für Unternehmen weiter zu reduzieren und insbesondere den Schwerpunkt auf KMU zu richten, und (iii) innovative Formen der Auftragsvergabe sowie ÖPP zu fördern. In der Sozialpolitik sollte der Subsidiaritätsgrundsatz respektiert werden. Lohnflexibilität wird als ein entscheidender Faktor betrachtet, ebenso die bessere Vorbereitung junger Menschen auf den Arbeitsmarkt. Das Hochschulwesen und die Ausbildungsqualität müssten wegen der entscheidenden Bedeutung der Qualifikationen verbessert werden. Die Gesetzespakete zu Klima- und Energiefragen sollten vorrangig umgesetzt werden.

5. Weitere Beteiligte:

Die Kommission hat zahlreiche Beiträge nicht nur von auf der EU-Ebene registrierten Organisationen/Beteiligten erhalten, sondern auch von nationalen (Mitglieds-)Organisationen. Es bestätigt sich, dass die Debatte über die künftigen Prioritäten nicht nur auf der EU-Ebene, sondern auch in den Mitgliedstaaten intensiv geführt wird.

5.1. Europäische Sozialpartner

Alle Sozialpartner befürworteten eine bessere Bildung und Qualifizierung. Sowohl die **UEAPME** als auch **BusinessEurope** sprechen sich für eine Beseitigung der verbliebenen Binnenmarkthindernisse, eine Reduzierung der Verwaltungslasten, eine vorrangige Berücksichtigung der Belange der KMU bei der Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften, einen angemessenen Zugang zu Finanzmitteln und das „Flexicurity“-Konzept aus. BusinessEurope fordert weitreichende Strukturreformen zur Sicherung von Wachstum, Beschäftigung und soliden öffentlichen Haushalten.

Für den **EGB** ist die Lissabon-Strategie ein „zu liberaler Ansatz“, der durch eine Stärkung des sozialen Profils der EU in Form eines Sozialprogramms (mit dem Ausbau des sozialen *Acquis* und einer nachfrageorientierten Arbeitsmarktpolitik) geändert werden sollte. Das kurzfristige Denken in den Unternehmensführungen sollte dringend bekämpft werden. Der EGB stimmt der Ausrichtung der Strategie auf umweltfreundliches und intelligentes Wachstum zu.

Die **UEAPME** weist auf die Herausforderungen hin, denen sich die KMU gegenübersehen, und plädiert für einen besseren Marktzugang (Binnenmarkt und Drittlandsmärkte), fairen Wettbewerb und einheitliche Wettbewerbsvoraussetzungen. Mit Blick auf den Small Business Act sei es wichtig, politische Verpflichtungen wirksam umzusetzen.

5.2 Verbraucherverbände:

Das **BEUC** unterstützt die Ziele von Europa 2020, möchte aber die Aspekte der sozialen Eingliederung und die Verbraucherrechte stärker berücksichtigt sehen. Außerdem sollte mehr für eine aktive Mitwirkung der Bürger getan werden. Der Binnenmarkt sollte vertieft und der Verbraucherschutz zu einer bereichsübergreifenden Priorität der neuen Strategie aufgewertet werden.

Auch einige **nationale Verbraucherverbände** haben sich beteiligt. Sie teilen die allgemeinen Ansichten des BEUC über die Bedeutung der Verbraucherschutzpolitik in der neuen Strategie und halten weisen auf die große Bedeutung eines angemessenen Rechtsschutzes für gewerbliche Online-Tätigkeiten sowie generell auf die anhaltende Fragmentierung des elektronischen Handels hin.

5.3 Beiträge aus der Wirtschaft:

Die Wirtschaft teilt im Großen und Ganzen die von der Kommission vorgenommene Ausrichtung, legt aber etwas mehr Gewicht auf die „Schaffung von Wachstum und Wissen“ und „einer wettbewerbsfähigen, vernetzten und ökologischeren Wirtschaft“. Mehrheitlich wird auf die Bedeutung des Binnenmarkts, des Small Business Act und der besseren Rechtsetzung für den Erfolg der Strategie verwiesen. Der Außendimension wird als entscheidend angesehen, um die Zugänglichkeit der Drittlandsmärkte für Handel und Investitionen zu gewährleisten und einheitliche Wettbewerbsvoraussetzung im Hinblick auf Umweltvorschriften zu schaffen. Die Problematik der politischen Steuerung bei der Umsetzung wird für den Erfolg der Strategie und die Behebung des Umsetzungsdefizits als wesentlich angesehen. Die sonstigen Beteiligten sollten intensiver einbezogen werden, und auch die Kommunikation sollte wirksamer gestaltet werden.

5.4 Organisationen mit Tätigkeiten im sozialen Bereich:

Die im sozialen Bereich tätigen Organisationen unterstützen weitgehend die Prioritätensetzung der Kommission, bezeichnen sie aber als zu eng. Ihrer Auffassung nach sollten Maßnahmen und Instrumente zur Förderung der „integrativen Gesellschaften“ über Ausbildungs- und Qualifizierungsaspekte hinaus größere Aufmerksamkeit erhalten. Darüber hinaus wäre der Integrationsaspekt auch bei der Priorität des wissensbasierten Wachstums stärker zu berücksichtigen. Die soziale Dimension wird trotz anderslautender Bekundungen generell als kaum bis nicht vorhanden empfunden.

Im Hinblick auf die politische Durchführung der Strategie wird ein Vier-Säulen-Modell vorgeschlagen (Soziales, Beschäftigung, Wirtschaft und Umwelt), bei dem allen Säulen die gleiche Bedeutung zukommen soll. Die Integration der verschiedenen Politikbereiche und die Kontrolle sollten einen größeren Stellenwert erhalten. Durch Zielvorgaben würde die tatsächliche Umsetzung verbessert. Für die Erfolgskontrolle sollten „über das BIP hinausgehende“ Indikatoren entwickelt werden. Wichtig sei die Beteiligung aller Akteure in allen Phasen und auf allen Ebenen staatlichen Handelns. Bei der Durchführung der Strategie sollte auf bestehende Verfahren wie eine verstärkte offene Koordinierung in sozialen Angelegenheiten zurückgegriffen werden.

5.5 Organisationen mit Tätigkeiten im Umweltbereich:

Die im Umweltbereich tätigen Organisationen unterstützen weitgehend die Prioritätensetzung der Kommission, fordern aber eine stärkere Berücksichtigung der Umweltbelange in anderen Politikbereichen. Die wirtschaftliche Relevanz des Schutzes von Umwelt und Ökosystemen, Ökoeffizienz, nachhaltige Entwicklung, sozialer Zusammenhalt sowie Gesundheit und Wohlfahrt werden als zusätzliche Prioritäten angeführt. Die bedrohte Artenvielfalt und die Verschmutzung der Umwelt sollten bei der neuen Strategie nicht in Vergessenheit geraten. Viele Beteiligte sprechen sich für ein weltweites Vorgehen aus. Eine Mehrheit plädiert für eine enge Verknüpfung mit der Strategie für nachhaltige Entwicklung, dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Kohäsionspolitik.

Im Hinblick auf die Durchführung der Strategie unterstützen die Umweltverbände konkrete Zielvorgaben (auf EU- wie auf nationaler Ebene), eine stärkere Einbeziehung der beteiligten Akteure, einen intensiven Erfahrungsaustausch, Erfolgskontrolle, die Stärkung des Instruments der offenen Koordinierung und Vorschläge zur Vereinfachung der integrierten Leitlinien.

5.6 Beiträge aus Bildung, Wissenschaft und/oder Forschung:

In den Beiträgen aus dem Bildungssektor wird die Bedeutung der Bildung für die soziale Eingliederung sowie die aktive Mitwirkung der Bürger hervorgehoben. Die neue Strategie sollte sich daher nicht nur der Hochschulbildung, sondern auch dem Primar- und Sekundarschulwesen widmen. Auch die vorschulische Erziehung wird von einigen Beteiligten erwähnt. In den Beiträgen der Vertreter des Bildungssektors wird hervorgehoben, dass eine breite Grundlage von Qualifikationen eine wesentliche Voraussetzung für die soziale Eingliederung bildet. Vielfach wird für einen Ausbau der Partnerschaften von privatem Sektor und Hochschulen plädiert.

Die Beiträge aus dem Forschungssektor enthalten allgemein Zustimmung zu den drei Prioritäten der Kommission für die neue Strategie. Generell vertreten die Verfasser die Ansicht, dass ein aufstrebender europäischer Forschungsraum, der auf Offenheit und Exzellenz basiert, für die Verwirklichung der drei Prioritäten von entscheidender Bedeutung ist. Sie befürworten Synergien zwischen den aktuellen Forschungs-, Bildungs- und Innovationsprogrammen. Vielfach wird davor gewarnt, Exzellenz gleichmäßig über alle Institutionen zu verteilen. Mehrheitlich wird betont, die Bedeutung der Forschung in der neuen Strategie sollte sich auch im künftigen EU-Haushalt widerspiegeln. Einige Beteiligte begrüßen den Vorschlag, einen Chefberater für Wissenschaft zu ernennen.

5.7 Wissenschaftler/Wissenschaftsorganisationen

Die meisten Beiträge aus der Wissenschaft enthalten Zustimmung zu den von der Kommission benannten Herausforderungen und weitgehende Unterstützung für die thematischen Prioritäten. Mehrere Verfasser bezeichnen das aktuelle europäische Wachstumsmodell als nicht nachhaltig; die Wachstumsgewinne sollten gerechter verteilt werden, und das Finanzsystem sollte der „Real“wirtschaft dienen. Unterstützung findet der Ruf nach einer stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung und mehr Zielvorgaben.

6. Bürger

Von EU-Bürgern aus fast allen Mitgliedstaaten gingen insgesamt fast 500 Stellungnahmen ein. Besonders zahlreich waren die Beiträge aus Spanien, aber auch aus Polen, Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich.

Die meisten Bemerkungen galten den Themen Bildung, Forschung und Wissensgesellschaft, die als für die Zukunft der EU entscheidend betrachtet werden. Viele Bürger unterstützen die soziale Dimension der Strategie und plädieren für ein sozialeres Europa. Breite Unterstützung finden die Stärkung des Umweltschutzes und des Kampfes gegen den Klimawandel, die Gleichheit der Geschlechter sowie die internationale Entwicklung. Die Globalisierung wird sowohl als Bedrohung als auch als Chance wahrgenommen.

7. Die internationale Perspektive:

7.1 Drittländer

Die **Regierungen von Japan und Norwegen** bekunden ihre Unterstützung für die Strategie „EUROPA 2020“: Japan betont die Bedeutung des internationalen Handels für das Wirtschaftswachstum und möchte die Zusammenarbeit fortsetzen. Norwegen ist dafür, dass der freie Handel innerhalb und außerhalb des Binnenmarktes zu den Prioritäten der Strategie zählt.

7.2. Internationale Organisationen

Dem **IWF** zufolge sollte die neue Strategie die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, damit die Märkte Beschäftigung und Produktivität steigern können. Die Reform der Arbeitsmärkte und die Anhebung der Produktivität sollten dabei im Mittelpunkt stehen. Die **Vereinten Nationen** heben die globale Dimension der Strategie hervor. Die **Europäische**

Freihandelsassoziation (EFTA) betont die Bedeutung von Forschung und Entwicklung, eines effizienten Binnenmarkts, der Verringerung der Verwaltungslasten sowie der Normung und Zertifizierung.

7.3 Internationale Organisationen und Verbände

Die **amerikanische Handelskammer** (AmCham) ruft zu mutigen Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung auf und begrüßt die vorgeschlagenen Ziele. Darüber hinaus schlägt AmCham vor, den thematischen Prioritäten zwei weitere hinzuzufügen: die Vertiefung des Binnenmarktes und „eine offene EU“. Der Japan Business Council empfiehlt der EU, sich weiterhin auf Wettbewerbsfähigkeit zu konzentrieren, und betont die Wichtigkeit eines reibungslos funktionierenden Binnenmarktes sowie der Bemühungen um eine weltweite Harmonisierung des ordnungspolitischen Umfelds.